

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage "Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeilzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168.

Donnerstag, den 20. Juli 1916.

23. Jahrg.

## Parteitag oder nicht?

In der vorigen Woche brach plötzlich in den Blättern, die die Parteiminderheit in ihren verschiedenen Schattierungen vertreten, ein gewaltiger Entrüstungsturm los — gegen den Plan der Einberufung eines Parteitages. Viel wir gesehen haben, war es zuerst die „Leipziger Volkszeitung“, die Lärm schlug, und ihr folgten mit verblüffender Schnelligkeit die anderen Organe der mannigfaltigen Spielarten der Opposition. Die „Bremer Bürgerzeitung“ veröffentlichte einen „Aufruf“, allerdings ohne zu sagen, von wem er ausgeht: „Parteigenossen! Seid auf dem Posten! Darin werden schauerliche Dinge enthüllt. In einer Sitzung der Kontrollkommission am 5. Juli habe Timm-München beantragt, die Kontrollkommission möge in Erwägungen eintreten, ob es sich empfehle, in der nächsten Zeit einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Brühne-Frankfurt, Stübbe-Hamburg und Leinert-Hannover hätten sich ihm angeschlossen; vier andere Mitglieder der Kontrollkommission seien dagegen gewesen, so daß der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Nun sei zum 20. und 21. Juli der Parteiaussschuß einzuberufen, der sich mit der Anregung, einen Parteitag einzuberufen, befassen soll. Die Mehrheit des Parteiaussschusses wird den Parteitag beschließen“, prophezeit der „Aufruf“ in düsterem Ton, und fordert auf, alle Vorbereitungen für die Delegiertenwahl zu treffen, um Anhänger der Minderheit durchzubringen, die rücksichtslosen Kampf gegen die Mehrheit der Fraktion und den Parteivorstand freiben sollen.

Ob die tatsächlichen Angaben (die in dem „Aufruf“ in einen fürchterlichen Phrasenschwallt eingewickelt sind) stimmen, wissen wir nicht. Es kommt auch nicht darauf an, von wem der Gedanke, einen Parteitag abzuhalten, ausging, sondern allein auf die sachlichen Gründe für und wider. Genosse Heinrich Schulz schreibt darüber: In den gegenwärtigen Erörterungen der Parteipresse über die Frage, ob die Abhaltung eines Parteitages jetzt während des Krieges ratsam ist oder nicht, wurde von einem Parteiblatte, das die Abhaltung mit leidenschaftlichen Worten ablehnt, die Frage aufgeworfen, ob der Parteivorstand und andere Befürworter eines Parteitages nur deshalb dafür seien, weil sie sich jetzt noch der Mehrheit des Parteitages sicher wähten. Die Frage ist bitter, aber auch unvorurteillich. Denn ihr ist sofort die andere Frage gegenüberzustellen, ob die Gegner eines Parteitages nur deshalb so hartnäckig alle Gründe, die für einen Parteitag sprechen, bekämpfen, weil sie zurzeit noch fürchten, auf einem Parteitag in der Minderheit zu bleiben; ob sie nicht aber sofort zu lebhaften Befürwortern eines Parteitages werden würden, sobald sie der Stimmung im Lande zugunsten der Minderheitspolitik und der Spaltungspolitik der Arbeitsgemeinschaft oder der Spaltungspolitik sicher wären. Die Berliner Vorgänge bilden dafür einen geradezu klassischen Schulfall: im vorigen Jahre, als die Wirkung der angenommenen Flugblatt- und Konventikelagitation noch nicht feststand, war man gegen Generalversammlung und Neuwahl; in diesem Jahre, als zahlreiche Proben in den Ortsvereinen über das Ergebnis einer Generalversammlung keinen Zweifel mehr ließen, forderte man ungestüm unter Beiseiteziehung aller unbedenklichen Beschlüsse und Gewohnheitsrechte die Generalversammlung. Und als man sie durchgeführt hatte, machte man schnell reinen Tisch mit allen widerpenfartigen Funktionen und Angestellten. Dasselbe Blatt aber, das jetzt dem Parteivorstand die verdächtige Frage vorlegt, preist die Vorgänge in Berlin im Namen der Demokratie.

Auf diese Weise läßt sich also die Frage der Zweckmäßigkeit eines Parteitages nicht untersuchen, sofern es auf sachliche Gründe und nicht auf Unterstellung und Verdächtigung von Motiven ankommt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Einberufung eines Parteitages in jedem Falle nur der Anwendung eines letzten und äußersten Mittels gleichzusetzen ist, das man gern vermeidet, solange noch andere Mittel Erfolg versprechen. Sollten sich Parteivorstand und Parteiaussschuß deshalb für die Abhaltung entscheiden, so werden sie das nicht in Hurra Stimmung und nicht leichten Herzens tun, da sie sich wie nur irgendeiner jemand über die Bedenken klar sein werden, die gegen einen Parteitag sprechen. Aber es scheint, als ob sie gerade jetzt nach recht reichlicher und gründlicher Erwägung im Interesse der ganzen Zukunft der Partei alle Bedenken überwinden und sich zur Einberufung eines Parteitages entscheiden müssen. Die härmische Agitation, die wie auf gleichzeitige gemeinsame Order von einigen Blättern der Minderheit gegen diesen Plan entfaltet wird, darf die Parteileitung nicht von ihrer Absicht abbringen, sondern muß sie eher darin bestärken. Die Genossen, deren Taktik während des Krieges, sei es auch gegen ihre Absicht, zu einer immer weiter um sich greifenden Desorganisation der Partei, zur Zerlegung und Spaltung

führt, scheinen von einem Parteitag eine Beeinträchtigung ihrer Taktik zu befürchten. Wenn das eine Wirkung des Parteitages sein sollte, wenn es gelänge, der weiteren Zerlegung und Verwirrung Einhalt zu gebieten, wenn der Leiter schon viel zu sehr geschwächte Parteikörper per wenigstens in seinem jetzigen Bestande bis zur Beendigung des Krieges und zum ersten Parteitage nach dem Kriege arbeitsfähig erhalten werden könnte, so wäre damit allein schon außerordentlich viel gewonnen. Alle Bedenken, die gegen einen Parteitag sprechen, wären zehnfach überwunden durch diesen einen unjähbaren Gewinn. Im ersten Kriegsjahre hat niemand an einen Parteitag gedacht. Die Bedenken überwogen. Das Parteileben stockte. Nur im stillen wurde hier und da diskutiert und kritisiert und — unterminiert. Denn mit der Agitation gegen die Abstimmung am 4. August 1914 wurde von gewissen Kreisen bereits am 4. August 1914 begonnen. Für diese Leute bedurfte es nicht erst einer Zustimmung der Fraktion zum Etat, oder der wiederholten Zustimmung zu den Krediten, oder der Eingaben verächtlicher und unverächtlicher Anzeigenspolitiker, oder etwelcher Herrenhauspräsidentenreden oder Kanzleräußerungen, oder eines „Gebotes der Stunde“ oder anderer Gründe, um ihre Abkehr von der Politik des 4. August zu rechtfertigen, sie wußten schon bei der ersten Kreditbewilligung, daß die Fraktion „die sozialistischen Grundzüge verraten“, auf Parteitags- und Kongreßbeschlüssen „mit Füßen getrampelt“ und der Regierung die „Kochschöpfung“ hatte. Aber dieser Geheimpolitik blieb vorläufig trotz ihrer Leidenschaftlichkeit und trotz des erheblichen Aufwandes an Schimpfworten und Verdächtigungen gegen die Mehrheit ein nennenswerter Erfolg verjagt. Sie wagten deshalb auch nicht einmal in einzelnen Orten geschweige in ganzen Wahlkreisen oder Bezirken, die Parteigenossen zu Entscheidungen durch Abstimmungen zu veranlassen. Das wurde mit der Länge des Krieges anders. Das öffentliche Leben ließ sich auf die Dauer nicht durch Zensur und Belagerungszustand ausschalten. Die Kriegsliteratur alle Art schwoll an, die legitime und illegitime, und wußte sich ihren Weg zu bahnen. Das Versammlungswesen der Parteien fand allmählich Formen, um auch unter dem Kriegszustand einen Teil seiner Aufgaben zu erfüllen; mußte man sich auch auf Vereinsversammlungen beschränken und unterstand man mangelndee Beeinträchtigungen im einzelnen, so gelang es doch fast überall, mit den nicht eingezogenen Parteimitgliedern, oft genug auch mit den feldgrauen, regelrechte Fühlung herzustellen, die Partei- und Kriegstragen zu erörtern und zustimmende oder ablehnende Beschlüsse zu fassen. Die kriegerischen Ereignisse, die Vorgänge im Innern, besonders die Lebensmittelfragen, die wiederholten Tagungen des Reichstages wirkten in der gleichen Richtung. Damit sind einige wichtige Bedenken gegen die Abhaltung eines Parteitages behoben. Es können die Genossen in ihren Vereinsversammlungen, im wesentlichen auch in der Presse, alle mit der Tagesordnung des Parteitages zusammenhängenden Fragen erörtern und dazu Stellung nehmen,

so wie sie es jetzt bereits mit Kreisgeneralversammlungen und Bezirksparteitagen machen. Sofern der Kriegszustand doch noch Beschränkungen auferlegt, trifft er alle Richtungen der Partei in gleichem Maße. Dagegen wird ein Bedenken dadurch noch nicht beseitigt und kann auch während des Krieges nicht beseitigt werden, die Fernhaltung der feldgrauen Parteimitglieder vom Parteitag, von seiner Vorbereitung an bis zur Würdigung und Durchführung seiner Beschlüsse. Dieses Bedenken kann nicht schwer genug eingedäht werden. Seitnetwegen allein müßte der Parteitag unterbleiben, wenn nicht noch triftigere Gründe das Bedenken zu überwinden vermöchten. Gewiß ist ein Parteitag ohne unsere feldgrauen ein Kumpfparteitag, gewiß darf er ihnen keine Entscheidungen über die gesamte Kriegspolitik und die Zukunft der Partei vorwegnehmen. Viel zu wichtig ist gerade das, was die Genossen darüber zu sagen haben, die seit einem Jahre oder schon seit zweien das unsagbare schwere Blutopfer für uns bringen und die uns überhaupt erst ermöglichen, daß wir anderen uns über die Zweckmäßigkeit eines Parteitages unterhalten können. Aber immer besser noch, auch im Interesse der Genossen an den Fronten und in den Etappen, ein Kampfparteitag, der uns den Rest der Parteioorganisation vor dem Zusammenbruch schützt, als ein weiterer Verfall der gesamten Partei an Haupt, Kumpf und Gliedern; lieber ein Ende des gegenwärtigen unerträglich Parteiurcheinander mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende bis zum völligen Ende der Partei. Das Ende des Krieges ist abzusehen, wenn auch erst in unbestimmter Zukunftsdämmerung. Die für das unmittelbare Wohl des arbeitenden Volkes wichtigsten Fragen verlangen jetzt und bei den künftigen Reichstagsberatungen eine starke und leistungsfähige Sozialdemokratie, die ihre Kraft voll gegen die zahlreichen Arbeiterfeinde und nicht gegen die eigenen Freunde einsetzt. Dazu ist notwendig, daß die noch in der Heimat befindlichen aktionsfähigen Parteigenossen zusammentreten und sich über den Fortgang der Parteiarbeit beraten. Unsere feldgrauen Genossen werden darüber ganz gewiß nicht zürnen, denn was geschieht, geschieht nicht zuletzt in ihrem Interesse zu ihrem Besten. Wohl aber würden sie mit Recht die volle Schale ihres Zornes über uns Dacheingeblichen ausschütten, wenn wir sie nach ihrer Rückkehr aus dem Felde, von den Ruinen und Trümmern des blutigen Weltkrieges, an die Ruinen und Trümmer unserer Parteiorganisation führen würden und auf ihre zornige Frage nach dem Warum noch die wie ein Hohn klingende Antwort hätten, wir hätten ihnen mit Entscheidungen nicht vorgezogen wollen! Wenn es darum zu tun ist, die Partei vor der völligen Zerstückelung zu schützen, muß jetzt für die Abhaltung eines Kriegsparteitages als einer letzten unvermeidlichen Notwendigkeit sein. Hoffentlich entschließen sich Parteivorstand und Parteiaussschuß zu diesem tatsächlichen „Gebot der Stunde“.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Im Westen konnten die Gegner am Dienstag keinerlei Erfolge erzielen; im Gegenteil: Es gelang den Deutschen, den Engländern im Sommergebiet das Dorf Longueval und ein daran anschließendes Gehöft wieder fortzunehmen. Zwar wird man das auf englischer Seite mit taktischen Maßnahmen begründen; aber die Tatsache wird man nicht aus der Welt schaffen. Die Türken haben in Libyen den Italienern gegenüber einen sehr guten Erfolg zu verzeichnen. Der Deutsche Nationale Ausschuss zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens kündigt an, daß er am 1. August seine Tätigkeit in großem Stile beginnen wird. Um sich einzuführen, hat er vorher einen Aufruf an die Öffentlichkeit erlassen, der in den nächsten Tagen ausgegeben wird. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ ist in der Lage, diesen Aufruf schon heute zu veröffentlichen. Es heißt darin: „Der Deutsche Nationale Ausschuss will ohne Unterschieden unabhängig, den verschiedenen Parteirichtungen angehörende, vaterländisch gesinnte Männer vereinigen, die auf dem Standpunkt stehen, daß keine Ungültigkeit die künftige Sicherheit des Reiches hemmen, aber auch keine eitle Verrücktheit die Sicherung schon jetzt für die Zukunft gefährden darf. Dies kann nur erreicht werden durch einen Frieden, der sich gleich entschieden entfernt hält von den Kampfloshigkeiten der Friedensmänner um jeden Preis, wie von den Unerbittlichkeiten, die in den Rundmachungen des „Alldeutschen Verbandes“ jutage getreten sind. Angefichts der offenen und geheimen Beherrschung jeder Urteilsfähige den Zusammenbruch der Unerbittlichen und Unberechenbareren mit allen Kräften betreiben, weil die letzten Wochen einen Vorgeschnad von dem gegeben haben,

welche verheerenden Folgen die Agitation der Extremen auf beiden Flügeln während und nach dem Frieden anrichten würde.“ Wie aus London gemeldet wird, gab Briand in der Geheimhaltung des französischen Senats die Zusage, die Kammer und Senat rechtzeitig davon zu unterrichten, falls ein neuer Winterfeldzug notwendig werden würde. Er fügte hinzu, daß die Verbündeten einen solchen nicht für notwendig halten. Dem Amsterdamer Korrespondenten der „Post“, 31g.“ wird aus London berichtet: Aus Neußerungen eines unserer Politiker und Parlamentarier ging als Englands Meinung hervor, daß die nächsten zwei Monate Deutschlands Widerstand entweder brechen müßten oder Deutschland habe bewiesen, daß es unbezwingbar sei. Die Offensive in Frankreich ruhe zum größten Teil auf Englands Kraft, die aber, wie jeder wisse, nicht unerjchöpflich sei und nicht die Opfer von Monaten nachfüllen könne. Reiche diese Kraft nicht aus, die Deutschen auf deutschen Boden zurückzudrängen, so müsse das militärische Gleichgewicht festgestellt werden, also mit anderen Worten: Dann sei kein Sieger. In zwei Monaten werde sich auch feststellen lassen, ob Deutschland wirtschaftlich durchhalte. Jetzt sei der Blutdruck am stärksten. Seit Kriegsbeginn sind in Deutschland alle Vorräte aufgebraucht, aber trotz allen Spürsinns der englischen Presse wäre der erste Hungertod in Deutschland noch nicht gemeldet worden. Birgt Deutschland in vier Wochen keine Ernte, dann sei auch der wirtschaftliche Sieg der Alliierten nicht erreicht. In zwei Monaten müsse man daher ernst und nüchtern fragen können, ob der Krieg beendet werden müsse, da man ihn ja nicht als Wahnsinniat führe.









